

Erklärung der G20-Staats- und Regierungschefs

EINEN KONSENS ÜBER EINE FAIRE UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG HERBEIFÜHREN

1. Zehn Jahre nach dem ersten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der G20 sind wir am 30. November und 1. Dezember in Buenos Aires, Argentinien, zusammengekommen, um einen Konsens über eine faire und nachhaltige Entwicklung durch eine inklusive und vorausschauende Agenda herbeizuführen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.
2. In diesem Jahr haben wir uns auf folgende Säulen konzentriert: die Zukunft der Arbeit, Infrastruktur für Entwicklung, Ernährungssicherung und eine Gleichstellungsstrategie, die sich durch die Agenda der G20 zieht.
3. Wir haben unsere Agenda auf die Förderung von Dialog und die Suche nach Gemeinsamkeiten ausgerichtet. Ein Konsens braucht die Mitwirkung der gesamten Gesellschaft. Unsere Gespräche haben von unserem Zusammenwirken mit Gruppen von Interessenträgern profitiert.
4. Wir begrüßen das starke weltweite Wirtschaftswachstum, erkennen jedoch auch an, dass es im Ländervergleich zunehmend weniger gleichförmig ausfällt und sich einige der Hauptrisiken, darunter Schwachstellen innerhalb des Finanzsystems sowie geopolitische Bedenken, teilweise materialisiert haben. Wir nehmen auch aktuelle handelspolitische Probleme zur Kenntnis. Wir bekräftigen unsere Zusage, alle Instrumente der Politik zu nutzen, um zu einem starken, nachhaltigen, ausgewogenen und inklusiven Wachstum zu gelangen und vor Abwärtsrisiken zu schützen, indem wir unseren Dialog und unsere Maßnahmen zur Stärkung von Vertrauen intensivieren. Die Geldpolitik wird weiterhin dazu dienen, im Einklang mit den Mandaten der Zentralbanken die wirtschaftliche Tätigkeit zu unterstützen und Preisstabilität zu gewährleisten. Die Fiskalpolitik sollte erforderlichenfalls wieder Rücklagen schaffen, flexibel eingesetzt werden und wachstumsfreundlich sein, wobei gewährleistet wird, dass die Staatsverschuldung auf einen tragfähigen Pfad gelangt. Durch fortgesetzte Strukturreformen wird unser Wachstumspotenzial ausgebaut. Wir bekräftigen die Wechselkurs-Verpflichtungen, die die Finanzminister und Zentralbankgouverneure im vergangenen März eingegangen sind. Wir billigen den Aktionsplan von Buenos Aires.
5. Wir sprechen uns erneut dafür aus, zusammen daran zu arbeiten, eine regelbasierte internationale Ordnung zu verbessern, die wirksam auf eine sich schnell verändernde Welt reagieren kann.
6. Von transformativen Technologien erwarten wir uns enorme wirtschaftliche Chancen, darunter neue und bessere Arbeitsplätze, und einen höheren Lebensstandard. Dieser Wandel wird jedoch auch Herausforderungen für Einzelpersonen, Unternehmen und Regierungen mit sich bringen. Politische Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit werden dazu beitragen, dass die Errungenschaften des technologischen Wandels möglichst vielen zugutekommen. Wir billigen das Menü politischer Optionen für die Zukunft der Arbeit, dessen wir uns unter Berücksichtigung einzelstaatlicher Gegebenheiten in unseren Bemühungen um den Einsatz der Technologie zur Stärkung von Wachstum und Produktivität, die Unterstützung der Menschen in Übergangsprozessen, Verteilungsgerechtigkeit und die Sicherung nachhaltiger Steuersysteme bedienen werden und das gewährleisten wird, dass uns für unsere Entscheidungen die bestmöglichen Informationen vorliegen.
7. Wir bekennen uns unverändert dazu, die Zukunft der Arbeit inklusiv, fair und nachhaltig zu gestalten, indem wir menschenwürdige Arbeit fördern, Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern Umschulungen ermöglichen und die Arbeitsbedingungen in allen Beschäftigungsformen verbessern, wobei wir die Bedeutung des gesellschaftlichen Dialogs in diesem Bereich anerkennen; dies schließt die Arbeit mit ein, die über digitale Plattformen geleistet wird, und zwar mit einem Schwerpunkt darauf, die Formalisierung von Arbeitsverhältnissen zu fördern und Sozialschutzsysteme stark und tragfähig zu machen, vorbehaltlich innerstaatlicher Rechtsvorschriften und Gegebenheiten. Wir werden weiterhin kognitive, digitale und unternehmerische Kompetenzen fördern und zu Erfassung und Austausch bewährter Verfahren anregen. Wir werden die wachsende Teilhabe von Arbeitskräften aus nicht ausreichend repräsentierten und schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen, darunter Menschen mit Behinderungen, fördern. Wir werden im Einklang mit dem G20-Ziel von Antalya in Bezug auf Jugendliche politische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation junger Menschen umsetzen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Menschenhandel und moderne Sklaverei in der Arbeitswelt auszumerzen, auch durch die Förderung nachhaltiger Lieferketten. Wir sind bestrebt, im Einklang mit dem G20-Aufruf zur Finanzierung für integratives Wirtschaften weiterhin günstige Bedingungen für die Mobilisierung öffentlicher, privater und multilateraler Mittel zu schaffen, wozu auch innovative Finanzierungsmechanismen und -partnerschaften wie Impact Investment für integratives und nachhaltiges Wachstum gehören.

8. Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht und ein für die Entstehung inklusiverer, wohlhabenderer und friedlicherer Gesellschaften strategischer Bereich der staatlichen Politik. Wie betonen, wie wichtig Bildung für Mädchen ist. Um unseren Bürgern die Mittel an die Hand zu geben, an den Vorteilen der gesellschaftlichen und technologischen Innovationen teilzuhaben, werden wir die Abstimmung beschäftigungspolitischer Maßnahmen mit Maßnahmen für gerechte hochwertige Bildung fördern, damit wir umfassende Strategien erarbeiten können, mit denen Schlüsselkompetenzen wie die Befähigung zum Lernen, grundlegende Kenntnisse und Digitalkompetenz im Hinblick auf lebenslanges Lernen von früher Kindheit an gefördert werden. Wir erkennen an, dass evidenzbasierte, innovative pädagogische Maßnahmen und Methoden auf allen Bildungsebenen gefördert werden müssen.
9. Um die Vorteile der Digitalisierung und neuer Technologie für innovatives Wachstum und Produktivität zu maximieren, werden wir Maßnahmen fördern, um Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen und entsprechende Unternehmer zu unterstützen, die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern zu überbrücken sowie die digitale Teilhabe voranzutreiben, den Verbraucherschutz zu unterstützen und digitales Regieren, digitale Infrastruktur und die Erfassung der digitalen Wirtschaft zu verbessern. Wir bekräftigen, wie wichtig es ist, Fragen der Sicherheit bei der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien anzugehen. Wir unterstützen den freien Fluss von Informationen, Ideen und Wissen, wobei wir die anwendbaren rechtlichen Rahmen achten und uns für den Schutz der Privatsphäre, den Datenschutz und den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums einsetzen. Wir begrüßen die G20-Plattform für digitale Politik, die dazu dient, den Einsatz innovativer Geschäftsmodelle in der digitalen Wirtschaft und ihre Verbreitung zu fördern. Wir erkennen an, wie wichtig die Schnittstelle zwischen Handel und digitaler Wirtschaft ist. Wir werden weiterhin an den Bereichen künstliche Intelligenz, neue Technologien und neue Unternehmensplattformen arbeiten.
10. Infrastruktur ist eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Wohlstands, der nachhaltigen Entwicklung und des inklusiven Wachstums. Um der nach wie vor bestehenden Finanzierungslücke im Infrastruktursektor zu begegnen, erneuern wir unser Bekenntnis dazu, mehr Privatkapital für Investitionen in die Infrastruktur zu gewinnen. Um dies zu erreichen, billigen wir den Arbeitsplan „Infrastruktur als Anlageklasse“ und die G20-Grundsätze zur Vorbereitung von Infrastrukturvorhaben. Wir ergreifen Maßnahmen, um eine stärkere Standardisierung von Verträgen zu erreichen, Datenlücken zu schließen und Instrumente der Risikominderung zu verbessern. Im Einklang mit dem Arbeitsplan sehen wir Fortschritten im Bereich der hochwertigen Infrastruktur 2019 erwartungsvoll entgegen.

11. Aufbauend auf dem Rahmenwerk der G20 zu Ernährung und Ernährungssicherheit bekräftigen wir unser Bekenntnis dazu, die Herausforderungen der Ernährungssicherheit anzugehen, die für eine Welt ohne Hunger und jegliche Form der Fehl- und Mangelernährung von entscheidender Bedeutung ist. Wir werden die Dynamik ländlicher Räume sowie eine nachhaltige Landwirtschaft fördern, wobei wir uns der Bedeutung einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Bodens, der Wasserressourcen und Flussläufe, die von einzelnen Ländern freiwillig unterstützt wird, bewusst sind und die besonderen Bedürfnisse von Kleinbauern und landwirtschaftlichen Familienbetrieben berücksichtigen. Wir regen dazu an, innovative wie traditionelle landwirtschaftliche Verfahren und Technologien auf freiwilliger Basis einzusetzen und zu verbreiten. Wir betonen, wie wichtig die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Interessenträger ist, wenn es um die Stärkung des Risikomanagements, die Erleichterung der Anpassung an eine sich verändernde Umwelt, den Schutz der biologischen Vielfalt und wirksames Handeln zur Eindämmung der Auswirkungen extremer Wetterereignisse auf die Landwirtschaft geht. Wir werden uns stärker um eine Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, der Wissenschaft und allen anderen einschlägigen Interessenträgern bemühen, um Mehrwert, Produktivität, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Aufwertung in globalen Wertschöpfungsketten im Agrar- und Nahrungsmittelbereich zu verbessern, und zu Initiativen zur Verringerung von Nahrungsmittelverlusten und Nahrungsmittelverschwendung anregen.
12. Die Gleichstellung der Geschlechter ist für das Wirtschaftswachstum und für eine faire und nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Wir machen Fortschritte bei der Erfüllung unserer Verpflichtung von Brisbane, den Unterschied in der Erwerbsquote von Männern und Frauen bis 2025 um 25 % zu senken, bekräftigen jedoch, dass noch mehr getan werden muss. Wir werden weiterhin Initiativen fördern, die darauf gerichtet sind, sämtlichen Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen und der geschlechtsspezifischen Gewalt ein Ende zu setzen. Wir bekennen uns zur Förderung der wirtschaftlichen Mitgestaltungsmacht von Frauen, auch durch Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, um die Arbeitsbedingungen für alle zu verbessern, wozu auch der Zugang zu hochwertiger und erschwinglicher Betreuungsinfrastruktur und Elternzeit zählt, sowie dazu, geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede zu verringern. Wir bekennen uns ferner dazu, Frauen den Zugang zu Positionen auf Führungs- und Entscheidungsebene zu erleichtern, die digitale Kompetenz von Frauen und Mädchen auszubauen und dafür zu sorgen, dass sie im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und im Hochtechnologiesektor stärker vertreten sind. Wir begrüßen die weitere Umsetzung der Initiative zur finanziellen Unterstützung von Unternehmerinnen (We-Fi) und danken der Business Women Leaders' Taskforce für die geleistete Arbeit. Darauf aufbauend werden wir prüfen, wie wir unser Zusammenwirken mit Unternehmerinnen verbessern können.
13. Die Mobilisierung nachhaltiger Finanzierung und die Stärkung der finanziellen Teilhabe sind wichtig für das globale Wachstum. Wir begrüßen den G20-Synthesebericht 2018 zum nachhaltigen Finanzwesen, in dem freiwillige Optionen dafür aufgezeigt werden, wie die Bereitstellung nachhaltigen Privatkapitals unterstützt werden kann. Wir billigen die politischen Leitlinien der G20 zur finanziellen Teilhabe, der freiwillige politische Empfehlungen zur Erleichterung digitaler Finanzdienstleistungen enthält und landesspezifische Gegebenheiten berücksichtigt, und den Arbeitsplan der Globalen Partnerschaft für finanzielle Teilhabe, in dem ein Prozess zur Straffung ihres Arbeitsprogramms und ihrer Struktur ausgeführt wird.
14. Wir rufen die G20-Initiative zur frühkindlichen Entwicklung ins Leben und sind bereit, alle Interessenträger zusammenzubringen, wenn es um die Verbesserung hochwertiger und nachhaltig finanzierter Programme der frühkindlichen Förderung, die deren multidimensionalen Ansatz Rechnung tragen, als Mittel zum Aufbau von Humankapital, das den Teufelskreis generationenübergreifender und struktureller Armut durchbrechen kann, und als Mittel zum Abbau von Ungleichheiten geht – insbesondere dort, wo kleine Kinder am schutzbedürftigsten sind.

15. Wir unterstützen die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem Bemühen, gemeinsam mit allen einschlägigen Akteuren bis 2030 einen Aktionsplan für die Umsetzung der Ziele für die nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die gesundheitspolitische Aspekte beinhalten. Wir würdigen die Fortschritte, die die internationale Staatengemeinschaft bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler und regionaler Aktionspläne zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen (AMR) auf der Grundlage des „One-Health-Konzepts“ erzielt hat. Wir erkennen an, dass es weiterer sektorübergreifender Maßnahmen bedarf, um die Ausbreitung von AMR einzudämmen, die in immer stärkerem Maße globale Verantwortung erfordert. Wir nehmen die von der globalen Plattform für Forschung und Entwicklung im AMR-Bereich geleistete Arbeit zur Kenntnis und sehen darauf aufbauend einer weiteren Prüfung praktischer Marktanreize erwartungsvoll entgegen. Durch innerstaatliche, gemeindenahe und gemeinschaftliche Strategien, die viele verschiedene Interessenträger einbinden, werden wir Fehlernährung und dabei vor allem Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern angehen. Wir bekräftigen die Notwendigkeit stärkerer Gesundheitssysteme, die kosteneffiziente und evidenzbasierte Maßnahmen gewährleisten und so einen besseren Zugang zu Gesundheitsfürsorge ermöglichen sowie diese Gesundheitsfürsorge hochwertiger und erschwinglicher gestalten, damit eine allgemeine Gesundheitsversorgung (Universal Health Coverage, UHC) erreicht werden kann, im Einklang mit einzelstaatlichen Kontexten und Prioritäten. Dazu können auch die wissenschaftlich anerkannte traditionelle und alternative Medizin zählen, soweit sie die Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit der Gesundheitsdienstleistungen gewährleisten. Wir werden die in den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV 2005) geforderten Kernkapazitäten zur Verhütung und Erkennung von Krisenfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und zur Reaktion darauf weiter stärken und erkennen die entscheidende Rolle der WHO in dieser Hinsicht an. Wir sind entschlossen, HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria auszumerzen, und sehen der erfolgreichen 6. Wiederauffüllung des Globalen Fonds 2019 erwartungsvoll entgegen.
16. Wir nehmen den von der OECD in Zusammenarbeit mit IAO, IOM und UNHCR für die G20 vorbereiteten Jahresbericht 2018 zu Entwicklungen und politischen Maßnahmen im Bereich internationale Migration und Vertreibung zur Kenntnis. Wir werden prüfen, wie wir den Dialog zu diesen Fragen unter dem nächsten Vorsitz weiterführen.
17. Große Flüchtlingsströme sind ein globales Anliegen mit humanitären, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen. Wir betonen, wie wichtig gemeinsame Maßnahmen sind, um Fluchtursachen zu bekämpfen und dem wachsenden humanitären Bedarf gerecht zu werden.
18. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, beim Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung eine Führungsrolle einzunehmen, und unterstützen die Agenda 2030 als den Rahmen zur Förderung dieses Ziels, und zum G20-Aktionsplan. Im Update von Buenos Aires werden die gemeinsamen und konkreten Maßnahmen ausgeführt, die die G20 zur Erreichung der Ziele dieser Agenda ergreift, wobei der Süd-Süd-Zusammenarbeit sowie der Dreieckskooperation eine wichtige Rolle bei der Umsetzung zukommt. Wir unterstreichen, dass wir die G20-Partnerschaft mit Afrika weiter unterstützen, was „Compact with Africa“ und andere einschlägige Initiativen einschließt. Wir erneuern unser Bekenntnis, illegalen Finanzströmen zu begegnen, die sich negativ auf die Mobilisierung innerstaatlicher Ressourcen auswirken, und werden weiterhin Bestandsaufnahmen der erzielten Fortschritte vornehmen. Wir billigen die Hochrangigen G20-Grundsätze für nachhaltige Lebensräume durch regionale Planung.
19. Eine starke Wirtschaft und ein gesunder Planet verstärken sich gegenseitig. Wir nehmen den jüngsten IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C zur Kenntnis. Wir erkennen an, wie wichtig umfassende Anpassungsstrategien sind, wozu auch Investitionen in eine für Extremwetterereignisse und Katastrophen unanfällige Infrastruktur gehören. In diesem Sinn unterstützen wir Maßnahmen und Formen der Zusammenarbeit in Entwicklungsländern, vor allem den besonders anfälligen, darunter kleine Inselstaaten wie jene in der Karibik. Wir haben langfristige Strategien für eine

hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarme Entwicklung ebenso erörtert wie die Ausrichtung der internationalen Klimafinanzierung. Wir haben uns ferner über die Erfahrungen der einzelnen Länder ausgetauscht und das Arbeitsprogramm zur Anpassung 2018-2019 geprüft, wobei wir anerkennen, dass jedes Land seinen eigenen Weg hin zu einer emissionsarmen Zukunft einschlagen kann. Einem erfolgreichen Ergebnis der Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP 24) sehen wir ebenso erwartungsvoll entgegen wie einer Beteiligung am Dialog von Talanoa.

20. Unterzeichner des Übereinkommens von Paris, die sich auch dem Aktionsplan von Hamburg angeschlossen haben, bekräftigen, dass das Übereinkommen von Paris unumkehrbar ist, und bekennen sich zu seiner uneingeschränkten Umsetzung; darin spiegeln sich gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten und entsprechende Fähigkeiten unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten wider. Wir werden auch weiterhin unter Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums die Herausforderungen des Klimawandels angehen.
21. Die Vereinigten Staaten bekräftigen ihre Entscheidung, sich aus dem Übereinkommen von Paris zurückzuziehen, und bestätigen ihr starkes Bekenntnis zu wirtschaftlichem Wachstum und Zugang zu Energie und Energiesicherheit unter Einsatz aller Energiequellen und -technologien bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt.
22. Wir erkennen die entscheidende Rolle an, die das Thema Energie für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft spielt, und wir ermutigen zu einer Energiewende, die im Hinblick auf sauberere, flexiblere und transparentere Systeme Wachstum mit der Senkung der Emissionen von Treibhausgasen kombiniert, sowie zur Zusammenarbeit bei der Energieeffizienz. Wir erkennen die Möglichkeiten für Innovation, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch verstärkte Investitionen in sauberere und nachhaltige – auch erneuerbare – Energiequellen, -technologien und -infrastruktur an. Wir erkennen die Rolle aller Energiequellen und -technologien im Energiemix ebenso an wie unterschiedliche einzelstaatliche Wege, um unter dem Begriff „Energiewende“ zu saubereren Energiesystemen zu gelangen. Wir werden Sicherheit, Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit, Effizienz, Erschwinglichkeit und Stabilität im Energiebereich fördern und erkennen an, dass zur Erreichung einer emissionsarmen Zukunft verschiedene Energiequellen und technologische Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Wir werden einen universellen Zugang zu Energie weiter fördern, indem wir der Energiearmut ein Ende setzen, dabei zusammenarbeiten, Vertriebenen sowie Katastrophengebieten und entlegenen Gegenden Zugang zu Energie zu ermöglichen, und indem wir die Regionalpläne der G20 besser umsetzen.
23. Starke und wirksame internationale Finanzinstitutionen tragen dazu bei, Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu untermauern. Wir erneuern unser Bekenntnis, das globale finanzielle Sicherheitsnetz mit einem starken, quotenbasierten und mit angemessenen Mitteln ausgestatteten Internationalen Währungsfonds (IWF) im Zentrum zu verbessern. Wir bekennen uns weiterhin dazu, die 15. Allgemeine Quotenüberprüfung einschließlich einer neuen Quotenformel bis zur Frühjahrstagung, jedoch spätestens zur Jahrestagung 2019 abzuschließen. Wir rufen den IWF und die Weltbank dazu auf, mit Kreditgebern und -nehmern zusammenzuarbeiten, um die Erfassung, Überwachung und transparente Berichterstattung in Bezug auf öffentliche und private Verbindlichkeiten zu verbessern. Wir sehen der Überprüfung der IWF-Programmauflagen und der Überprüfung seiner Politik der Verschuldungsgrenzen erwartungsvoll entgegen.
24. Wir werden grenzüberschreitende Kapitalströme weiterhin beobachten und unser Verständnis der verfügbaren Instrumente weiter vertiefen, damit wir ihre Vorteile nutzen und dabei gleichzeitig den Risiken begegnen und die Widerstandsfähigkeit stärken können. Wir werden weitere Schritte unternehmen, um die Schuldenanfälligkeit in einkommensschwachen Ländern anzugehen, indem wir dabei helfen, Kapazitäten im

Bereich der Staatsverschuldung und der Finanzverwaltung aufzubauen, und indem wir innenpolitische Strukturen stärken. Wir werden darauf hinarbeiten, die Transparenz im Hinblick auf Schulden und die Schuldentragfähigkeit zu erhöhen und nachhaltige Finanzierungspraktiken seitens öffentlicher wie privater Kreditgeber und -nehmer zu verbessern, auch die Infrastrukturfinanzierung. Wir unterstützen die fortlaufenden Arbeiten des IWF, der Weltbankgruppe und des Pariser Clubs zu den Schulden der einkommensschwachen Länder und die fortgesetzten Anstrengungen des Pariser Clubs im Sinne einer breiteren Einbindung von Schwellenländern, die als Gläubiger fungieren. Wir begrüßen den Abschlussbericht der G20 Eminent Persons Group on Global Financial Governance.

25. Ein offenes, widerstandsfähiges Finanzsystem, das auf international vereinbarten Standards fußt, ist von entscheidender Bedeutung für die Unterstützung nachhaltigen Wachstums. Wir bleiben der vollständigen, zügigen und konsequenten Umsetzung und Finalisierung der vereinbarten Finanzreformagenda und der Bewertung ihrer Auswirkungen verpflichtet. Wir werden sich abzeichnende Risiken und Schwachstellen innerhalb des Finanzsystems weiterhin beobachten und erforderlichenfalls angehen und durch fortgesetzte Zusammenarbeit bei Regulierung und Aufsicht einer Fragmentierung begegnen. Wir sehen weiteren Fortschritten bei der Erreichung einer widerstandsfähigen finanziellen Mittlertätigkeit von Institutionen, die keine Banken sind, erwartungsvoll entgegen. Wir werden unsere Anstrengungen intensivieren, um zu gewährleisten, dass die potenziellen Vorteile der Technologie im Finanzsektor zum Tragen kommen, während gleichzeitig Risiken eingedämmt werden. Wir werden digitale Vermögenswerte (crypto assets) zum Zweck der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung im Einklang mit den Standards der FATF regulieren und werden nach Bedarf weitere Maßnahmen in Erwägung ziehen. Wir danken Mark Carney für seine Arbeit als FSB-Vorstand und begrüßen die Ernennung von Randal K. Quarles zum neuen Vorstand des FSB und von Klaas Knot als seinem Vertreter.
26. Wir werden unser Wirken für ein weltweit faires, nachhaltiges und modernes internationales Steuersystem fortsetzen, das sich insbesondere auf Steuerabkommen und Transferpreisregelungen stützt, und begrüßen die internationale Zusammenarbeit zur Förderung steuerpolitischer Maßnahmen, die Wachstum begünstigen. Die weltweite Umsetzung des OECD/G20-Pakets zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) bleibt von entscheidender Bedeutung. Wir werden weiter gemeinsam daran arbeiten, eine Konsenslösung hinsichtlich der Auswirkungen der Digitalisierung der Wirtschaft auf das internationale Steuersystem zu finden, wozu 2019 eine Aktualisierung und bis 2020 ein Abschlussbericht vorliegen sollen. Wir begrüßen die Aufnahme des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten und erkennen die von der OECD erarbeiteten verschärften Maßstäbe für die Erfassung der Staaten und Gebiete an, die die Standards zur Transparenz im Steuerbereich noch nicht zufriedenstellend umgesetzt haben. Es werden Abwehrmaßnahmen gegen die entsprechenden Staaten und Gebiete in Erwägung gezogen. Alle Staaten und Gebiete sollten das multilaterale Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen unterzeichnen und ratifizieren. Wir leisten weiterhin Unterstützung, wenn es darum geht, die steuerliche Rechtssicherheit in Entwicklungsländern zu verbessern und ihre Kapazitäten in Steuerangelegenheiten aufzubauen, auch durch die Plattform für die Zusammenarbeit bei der Besteuerung.
27. Internationaler Handel und internationale Investitionen sind wichtige Triebfedern für Wachstum, Produktivität, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Entwicklung. Wir erkennen den Beitrag an, den das multilaterale Handelssystem hierzu geleistet hat. Das System bleibt gegenwärtig hinter seinen Zielsetzungen zurück und es gibt durchaus Spielraum für Verbesserungen. Wir unterstützen daher die notwendige Reform der WTO, um ihre Arbeitsweise zu verbessern. Wir werden die Fortschritte auf unserem nächsten Gipfeltreffen überprüfen.
28. Unter Verweis auf die Verpflichtungen, die wir in Hangzhou und Hamburg eingegangen sind, begrüßen wir die konkreten Lösungsvorschläge des von der OECD unterstützten

Globalen Forums zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie. Wir rufen alle Mitglieder auf, die Empfehlungen und Verpflichtungen der Ministertreffen des Forums in Berlin und Paris umzusetzen. Wir sehen einem umfassenden Bericht bis zum Juni 2019 erwartungsvoll entgegen.

29. Wir sind weiterhin entschlossen, Korruption zu verhüten und zu bekämpfen und dabei mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir vereinbaren den neuen Aktionsplan 2019-2021 und billigen die Grundsätze zur Verhütung der Korruption und Sicherstellung der Integrität in staatlichen Unternehmen sowie zur Verhütung und Bewältigung von Interessenkonflikten im öffentlichen Sektor. Diese werden zur Förderung von Transparenz und Integrität im öffentlichen wie im privaten Sektor beitragen. Wir werden die praktische Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Korruption, auch im Einklang mit unseren Verpflichtungen im Rahmen der G20, fortsetzen. Wir werden die Verbindungen zwischen Korruption und anderen Formen der Wirtschaftskriminalität ebenso weiter ausloten wie Wege zu ihrer Bekämpfung, auch durch Zusammenarbeit bei der Rückführung von Personen, gegen die wegen solcher Straftaten ermittelt wird, im Einklang mit internationalen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtssystemen. Wir ersuchen die einschlägigen internationalen Organisationen, uns in Bezug auf diese Fragen unter dem nächsten Vorsitz Bericht zu erstatten. Wir rufen alle G20-Staaten zur wirksamen Umsetzung des VN-Übereinkommens gegen Korruption auf, einschließlich der strafrechtlichen Behandlung der Bestechung ausländischer Amtsträger, und nehmen die Bemühungen hinsichtlich eines möglichen Beitritts zum OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr zur Kenntnis.
30. Wir bekräftigen, dass wir den Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen in aller Schärfe verurteilen. Wir bekennen uns zur uneingeschränkten Umsetzung der Hamburger Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Bekämpfung des Terrorismus. Wir werden verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung sowie die Geldwäsche zu bekämpfen. Wir fordern die digitale Industrie dazu auf, bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Internet und sozialen Medien für terroristische Zwecke zusammenzuarbeiten.
31. Wir danken Argentinien für den G20-Vorsitz und die Ausrichtung eines erfolgreichen Gipfeltreffens in Buenos Aires und sehen unseren nächsten Treffen 2019 in Japan und 2020 in Saudi-Arabien erwartungsvoll entgegen.

ANLAGE

DANKSAGUNGEN

Wir danken den internationalen Organisationen, darunter der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, dem Rat für Finanzmarktstabilität, der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung, der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds, den Vereinten Nationen, der Weltbankgruppe, der Weltgesundheitsorganisation, der Welthandelsorganisation, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank CAF, die die G20-Diskussionen mit ihren Berichten und Ratschlägen sehr bereichert haben.

Wir würdigen die wertvolle Arbeit der G20-Engagement Groups: Business 20, Civil 20, Labour 20; Science 20, Think 20, Women 20 and Youth 20.

Folgende Ministererklärungen und -kommuniqués werden gemeinsam mit den Dokumenten der G20-Arbeitsgruppen auf nachfolgender Webseite veröffentlicht: <http://.....>”

Ministererklärungen und -kommuniqués

1. Kommuniqué des Treffens der Finanzminister und Zentralbankgouverneure (19. März)
 2. Kommuniqué des Treffens der Energieminister der G20 (15. Juni)
 3. Kommuniqué des Treffens der Finanzminister und Zentralbankgouverneure (22. Juli)
 4. Erklärung des Treffens der Landwirtschaftsminister der G20 (28. Juli)
 5. Ministererklärung des Treffens der Digitalminister der G20 (24. August)
 6. Erklärung des Treffens der Bildungsminister der G20 (5. September)
 7. Gemeinsame Erklärung der Bildungs- und Arbeitsminister der G20 (6. September)
 8. Erklärung des Treffens der Arbeitsminister der G20 (7. September)
 9. Ministererklärung des Treffens der Handels- und Investitionsminister der G20 (14. September)
 10. Globales Forum zu Überkapazitäten in der Stahlindustrie, Ministerbericht (20. September)
 11. Erklärung des Treffens der Gesundheitsminister der G20 (3. Oktober)
- Dokumente der Arbeitsgruppen der G20
12. Aktionsplan von Buenos Aires, November 2018
 13. Jährlicher Fortschrittsbericht (Buenos Aires) über die Entwicklungsverpflichtungen der G20
 14. G20-Menü politischer Optionen für die Zukunft der Arbeit, FWG
 15. G20-Aufruf zur Finanzierung für integratives Wirtschaften
 16. Arbeitsplan „Infrastruktur als Anlageklasse“, argentinischer Vorsitz, 2018
 17. G20-Grundsätze zur Vorbereitung von Infrastrukturvorhaben, G20, IWG
 18. Hochrangige G20-Grundsätze für nachhaltige Lebensräume durch regionale Planung
 19. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Internationale Finanzarchitektur“
 20. Politische Leitlinien der G20: Digitalisierung und der informelle Sektor – Nutzbarmachung der digitalen finanziellen Teilhabe für Einzelpersonen und KKMU im informellen Sektor; Globale Partnerschaft für finanzielle Teilhabe (GPFI)
 21. Arbeitsprogramm und Struktur der GPFI: Ein Fahrplan bis 2020
 22. Arbeitsplan der G20: Zusammenfassung freiwilliger Maßnahmen für eine nachhaltige und verantwortungsvolle finanzielle Einbindung gewaltsam Vertriebener (GPFI)
 23. Fortschrittsbericht 2018 über Nationale Aktionspläne der G20 zu Überweisungen (GPFI)
 24. Fortschrittsbericht 2018 an die Staats- und Regierungschefs der G20 (GPFI)
 25. G20-Initiative zur frühkindlichen Entwicklung
 26. Update von Buenos Aires
 27. Hochrangige G20-Grundsätze zur Verhütung der Korruption und Sicherstellung der Integrität in staatlichen Unternehmen
 28. Hochrangige G20-Grundsätze zur Verhütung und Bewältigung von Interessenkonflikten im öffentlichen Sektor
 29. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Korruptionsbekämpfung“ 2018
 30. Synthesebericht der G20 zum nachhaltigen Finanzwesen 2018
 31. G20-Länderberichte zu Klima und Energie

32. Arbeitsprogramm der G20-Arbeitsgruppe „Nachhaltige Klimapolitik“ (2018-2019)
Weitere in Auftrag gegebene Dokumente werden auf nachfolgender Webseite veröffentlicht:
<http://.....>”